

Forschung und Lehre

Die jüngste Kontroverse um Zustand und Zukunft der deutschen Chinaforschung – eine vorläufige Bilanz

Gunter Schubert und Björn Alpermann

Einleitung

Die deutsche Chinaforschung trägt seit einiger Zeit eine kontroverse und teilweise polemisch geführte Debatte aus, die um einige für die wissenschaftliche und hochschulpolitische Auseinandersetzung mit dem autoritären China der Gegenwart zentrale Fragen kreist. Auch die Autoren dieses Beitrags haben sich daran beteiligt (und tun dies weiter), u. a. mit einem in der FAZ vom 9. März 2022 veröffentlichten Artikel, in dem wir prononciert Stellung nahmen gegen ein von uns so wahrgenommenes „moralisches Kreuzrittertum“ in den Reihen der Kritiker*innen der universitären deutschen Sinologie (Alpermann und Schubert 2022).¹ Die davon ausgelösten heftigen Reaktionen in den traditionellen Printmedien und vor allem auf den verschiedensten Social Media-Plattformen haben uns nicht überrascht. Allerdings zeigte sich, dass unsere Argumente, die von manchem kritischen Geist mitunter absichtlich verkürzt und somit verzerrt wiedergegeben wurden, eine genauere Ausführung erfordern, für die ein Zeitungsartikel nicht den notwendigen Raum bietet. Wir möchten daher in diesem Beitrag, den wir auch als vorläufige Bilanz der andauernden Debatte verstehen, auf diese Argumente zurückkommen und sie im Lichte der daran bisher vorgetragenen Kritik detaillierter entfalten. Dabei geht es uns in erster Linie um eine Versachlichung des in der deutschen Chinaforschung ausgetragenen Streits über den „richtigen Umgang“ mit dem autoritären China der Gegenwart. Zweifellos ist diese Debatte zu wichtig, als dass man sie zu einem polemisch zwischen unterschiedlichen „Lagern“ geführten Schlagabtausch verkommen lassen sollte.

Wie wir in unserem FAZ-Beitrag einleitend schrieben, steht die gegenwärtige Kontroverse im Kontext eines sich zunehmend autoritär gerierenden KP-Regimes sowie geopolitischer Verschiebungen mit einer Zuspitzung der Spannungen zwischen den USA bzw. dem „Westen“ einerseits und der VR China (sowie

1 Ein Autorenkollektiv von Chinaforscher*innen, von denen wir einige in unserem Beitrag explizit genannt haben, antworteten einige Tage später mit einem eigenen FAZ-Artikel (Fulda et al. 2022).

Russland) andererseits; davon berührt ist auch die Frage, ob bzw. wie die sinologische Ausbildung an den deutschen Universitäten und die Forschungsförderung an die „neue Normalität“ in China angepasst werden müssen. Hier wendeten wir uns dezidiert gegen allzu pauschale Vorwürfe aus dem Lager der Kritiker*innen der deutschen Chinaforschung, deren Repräsentant*innen seien naive oder opportunistische „China-Versteher*innen“ ohne die notwendige politische Distanz zum Objekt ihrer Forschung und ohne moralischen Kompass. Aber uns war und ist gleichzeitig klar, dass sich Sinolog*innen im Lichte der auf vielen Feldern hochproblematischen Lage in China kritisch hinterfragen müssen, ob sie den an sie gestellten professionellen Anforderungen in Bezug auf ihre Forschung, die Vermittlung chinabezogenen Wissens und die institutionelle Kooperation mit China gerecht werden. Im Folgenden möchten wir uns daher auf drei Aspekte konzentrieren, die im Zentrum der Frage nach dem „richtigen Umgang“ mit dem gegenwärtigen China stehen:

- a) *Positionalität*, konkret die Spannung zwischen individuellen normativen Wertorientierungen einerseits und dem öffentlichen (Aus-)Bildungsauftrag der Sinologie in Deutschland andererseits
- b) Der *Feldzugang* und die damit verbundenen wissenschaftsethischen und -praktischen Herausforderungen, unter besonderer Berücksichtigung des Problemkomplexes „Selbstzensur“
- c) Die *Hochschulkooperation* mit China

Positionalität

In unserem FAZ-Artikel haben wir auf die Gefahr einer gesinnungsethischen (moralischen) „Eignungsprüfung“ verwiesen, die den Chinaforscher*innen von den Protagonist*innen des chinakritischen Narrativs, das den öffentlichen Diskurs zunehmend prägt, abverlangt werde. Damit verwehr(t)en wir uns gegen die Forderung von Kritiker*innen innerhalb und außerhalb der deutschen Chinawissenschaft, Chinaforscher*innen mögen stetig und entschieden Menschenrechtsverletzungen in China anprangern und sich sichtbar solidarisch mit jenen zeigen, deren Mut zur öffentlich geäußerten Kritik vom chinesischen Regime sanktioniert wird – vor allem durch Einreiseverbote; auch sollten sie bei der Wahl und Bearbeitung ihrer Forschungsthemen darauf achten, nicht die Legitimität des autoritären Regimes in China zu stärken – etwa durch eine unkritische Übernahme bestimmter prominenter Konzepte, wie jenes der „autoritären Resilienz“, mit dem die Anpassungs- und Lernfähigkeit des chinesischen politischen Systems gefeiert, dessen undemokratische und menschenverachtende Seiten aber ausgeblendet würden (Fabian und Fulda 2022).² Unser den Kritiker*innen der deutschen

2 Die beiden Autoren warnen davor, dass „(D)ie undifferenzierte Übernahme des Konzepts der autoritären Resilienz letztlich die Gefahr (birgt), dass die westliche Zielbestimmung der liberalen Demokratie durch die Teleologie des Einparteiensstaates ersetzt wird“ (Fabian und Fulda 2022: 72).

Chinaforschung gemachter Vorwurf, sie forderten eine normativ aufgeladene Forschung und ein entsprechendes öffentliches Engagement, mag überzogen klingen und war sicherlich der von uns intendierten Zuspitzung im Rahmen eines kurzen Zeitungsartikels geschuldet. Dahinter steht allerdings ein ernstes Problem, mit dem die gegenwartsorientierte Chinaforschung schon seit Jahrzehnten, und nicht erst in jüngster Zeit, konfrontiert ist. Man könnte es als *Positionalitätsproblem* bezeichnen, das ein unvermeidbares Spannungsverhältnis bezeichnet, in dem sich vor allem die sozialwissenschaftliche Chinaforschung befindet: Wie kann die forschungsgelieferte Produktion von Wissen über China mit dem normativen Postulat der Kritik am chinesischen Autoritarismus bzw. dem moralischen Gebot, alle Demokrat*innen mögen gegen die Zumutungen einer Autokratie zusammenstehen, vereinbart werden? Hier hat sich nach unserer Beobachtung in jüngster Vergangenheit im öffentlichen Diskurs eine bedenkliche Verschiebung in Richtung eines moralisierenden Rigorismus vollzogen, in dem schon gar nicht mehr die Frage gestellt wird, ob bzw. bis zu welchem Punkt eine normative Kontextualisierung der Chinaforschung überhaupt erfolgen sollte.

Während das „ob“ für uns nicht zur Debatte steht, vertreten wir in der Frage der Skalierung normativer Positionalität in der sinologischen Forschung und Lehre allerdings eine deutlich andere Position als das von uns, erneut in intendierter Zuspitzung, so bezeichnete „moralische Kreuzrittertum“. Genauso wenig, wie es darum gehen kann, Forschung zu China *a priori* in den Rahmen vermeintlich tendenziell regimeligitimierender Paradigmen – „autoritäre Resilienz“, „strategische Anpassungsfähigkeit“, „effektive Politikimplementierung“ – zu stellen, ist es problematisch, sich prinzipiell an regimedelegitimierenden Paradigmen – „digitaler Überwachungsstaat“, „neo-totalitäres System“ – zu orientieren. Wissenschaft darf ihre kritische Distanz zum Untersuchungsgegenstand und ihre allgemeine „Falsifizierungswilligkeit“ nicht aufgeben, wenn sie Wissenschaft bleiben will. Egal, ob man einen induktiven oder deduktiven Weg bei der Datenerhebung und -analyse beschreitet, Wissenschaft muss offen für unerwartete Ergebnisse bleiben und diese unabdingbare intellektuelle Voraussetzung für seriöse Wissenschaft ständig selbstkritisch reflektieren. Sie muss sich ferner an den Kern des Weberischen Wertfreiheitspostulats halten: Wissenschaft steht nicht im Dienst einer politischen Überzeugung, sondern muss davon losgelöst betrieben werden. Das bedeutet nicht, dass Wissenschaft normativ agnostisch ist – aber auch wenn die individuellen ethisch-moralischen und politischen Überzeugungen der Wissenschaftler*innen die Auswahl ihrer Themen und Paradigmen mitbestimmen, darf die Chinaforschung als Ganzes nicht von außerwissenschaftlichen Programmatiken angeleitet werden. In unserem FAZ-Artikel haben wir dazu geschrieben, dass die zentrale Aufgabe der Chinaforschung,

Damit suggerieren sie, dass sich die westliche Chinaforschung eine solche Zielbestimmung zu eigen macht (bzw. machen muss) und von dieser Position aus ihre Forschungsausrichtung definiert. Es ist aber strittig, ob sich Forschung einer normativen Zielbestimmung unterwerfen soll oder darf (siehe unten).

nämlich Wissen über China zu schaffen, getrennt von der Frage zu verhandeln sei, wie sich Chinaforscher*innen „auf normativer Ebene zum autoritären System in China positionieren“. ³ Eine Verkoppelung, so schreiben wir weiter, unterwerfe die Chinaforschung letztlich jener erwähnten Gesinnungsprüfung, die in „akzeptable“ und „inakzeptable“ Forschung unterscheiden will und damit lediglich einen Echoraum für westliche Wertüberzeugungen schafft. Chinaforscher*innen, zumal solche, die aus Steuermitteln alimentiert werden, schulden der Öffentlichkeit zuvorderst eine Wissensgenerierung und -vermittlung, die ein solides Verstehen des politischen und gesellschaftlichen Denkens und Handelns in China ermöglicht. Dazu gehört zweifellos auch, die Perspektive der „anderen Seite“ in der gebotenen Tiefenschärfe und „Interesselosigkeit“ herauszuarbeiten und dem politischen Diskurs zu übereignen – ganz egal, ob es einem passt oder nicht, was man in China tut und denkt. Das autoritäre Regime der VR China *verstehen* zu wollen, bedeutet nicht, es zu rechtfertigen. Diese banale Feststellung ist in der Kontroverse um die deutsche Chinaforschung ziemlich unter die Räder gekommen. ⁴

Zugang zum Forschungsfeld

Dass die deutschen Sinolog*innen um der Wahrung ihres physischen Zugangs zum Forschungsfeld China willen „regimeloyale“ Forschung betrieben und sich in permanenter Selbstzensur übten, ist ein explizit in der gegenwärtigen Debatte erhobener Vorwurf, der auf einen weiteren Aspekt des Positionalitätsproblems verweist. ⁵ Denn die Kritiker*innen sprechen großen Teilen der Chinaforschung hierzulande die intellektuelle Aufrichtigkeit ab, die Dysfunktionalitäten des chinesischen politischen Systems, Verstöße des KP-Regimes gegen das Völkerrecht sowie die Menschenrechtsverletzungen in China klar benennen zu wollen, weil dies berufliche Karrieren kosten könnte. ⁶ Dementsprechend sei Feldforschung in China durch die dafür unvermeidliche Zusammenarbeit mit chinesischen Stellen, Wissenschaftsinstitutionen und Wissenschaftler*innen, die ihrerseits in besonderer Weise der Kontrolle durch die Parteibürokratie ausgesetzt sind, erheblich kompromittiert, würden die von ihr generierten Ergebnisse durch Selbstzensur

3 Diese Position teilen viele befragte internationale Chinaforscher*innen (siehe Greitens und Truex 2019).

4 Es hat eine nicht zu übersehende Ironie, dass der Begriff des „Chinaverstehers“ bzw. der „Chinaversteherin“ durchaus zutreffend auf die Repräsentant*innen der Chinaforschung bezogen werden kann – und gerade nicht als Schlüsselbegriff der Kritiker*innen taugt, mit dem diese einen wissenschaftlich getarnten Opportunismus in weiten Teilen der Sinologie gegenüber dem chinesischen Regime geißeln.

5 In diesem Zusammenhang wird oft ein weiterer Vorwurf erhoben, nämlich dass diejenigen, die ihren Auftrag ernstnehmen und die Wahrheit aussprechen, die „kritischen“ Chinaforscher*innen also, von den eigenen Zunftkolleg*innen ausgegrenzt würden, statt dass man sich solidarisch hinter sie stelle.

6 Der in Nottingham tätige deutsche Chinaforscher Andreas Fulda hat in verschiedenen Publikationen Namen deutscher Chinaforscher*innen genannt, die seiner Meinung nach dem chinesischen Regime zu sehr entgegengekommen sind, siehe Fulda (2021).

„regimekonform“ angepasst und die deutschen Chinaforscher*innen somit „gekauft“.⁷

In unserem FAZ-Artikel haben wir argumentiert, dass die Gefahr einer Vereinnahmung durch die politische Agenda der KP China nicht dazu führen darf, dass wir den für die sozialwissenschaftliche Chinaforschung wichtigen Zugang zum Land für empirische Feldforschung einfach aufgeben – ganz ungeachtet der Frage, ob solche Forschung nicht auch auf anderen Wegen möglich und daher weniger anfällig für eine Vereinnahmung durch das KP-Regime sein könnte.⁸ Besonders kritisch wird die von uns, nicht zuletzt auf der Basis langjähriger eigener Erfahrung, angeführte Praxis der empirisch arbeitenden Chinaforschung gesehen, oft verschiedene Strategien anwenden zu müssen, um mit den forschungspraktischen Restriktionen, die sich in der Ära Xi Jinping (seit 2012) noch einmal verschärft haben, fertig zu werden. Alle, die Feldforschung in China betreiben, wissen, was damit gemeint ist. Um sensible Daten erheben zu können, müssen Forschungsprojekte mitunter thematisch und semantisch „geframt“ werden, damit sie gemeinsam mit chinesischen Kolleg*innen, die übrigens unter ganz ähnlichen Zwängen wie ausländische Forscher*innen stehen, durchgeführt werden können (Alpermann 2012: 171ff; Fuchs et al. 2019; Göbel 2014; Klotzbücher 2014). Die Projektbeschreibung und Datenerhebung müssen immer wieder ausgesteuert werden, weil bestimmte Dokumente nicht erhältlich sind oder bestimmte Gesprächspartner*innen nicht mehr zur Verfügung stehen. In Interviews muss darauf geachtet werden, die Befragten nicht in eine schwierige Situation zu bringen, die sie gegenüber ihren Vorgesetzten exponiert. Und nicht zuletzt müssen die chinesischen Kooperationspartner*innen geschützt werden, da ihre Zusammenarbeit mit deutschen bzw. westlichen Wissenschaftler*innen grundsätzlich ein politisches Risiko darstellt, das sie bewusst eingehen und dafür auch die notwendige politische Sensibilität ihrer westlichen Kolleg*innen bei der Durchführung der Forschung erwarten dürfen (Alpermann 2022). Diese Realität der chinabezogenen Forschungsarbeit existiert auch in anderen autoritären Systemen und ist etwa unseren Fachkolleg*innen, die zu Ländern des Mittleren Ostens arbeiten, genauso vertraut wie uns (Glasius et al. 2018).

7 Dieser Vorwurf ist bereits vor 15 Jahren von dem in Hongkong tätigen deutschen Ökonomen und Chinaforscher Carsten A. Holz erhoben worden, damals jedoch noch in eine Frage gekleidet, siehe Holz (2007).

8 So plädieren viele Kritiker*innen, dass das Internet vielfältiges Quellen- und Datenmaterial bereitstellt, das von Chinaforscher*innen genutzt werden kann. Wir stimmen dem zu, halten die empirische Forschung im Land selbst jedoch für dringend notwendig, um ein möglichst komplettes Bild der chinesischen Realität zu zeichnen. Die Fokussierung auf digitales Material wirft zudem selbst methodische Probleme auf (de Seta 2020), die inzwischen in den Fachvereinigungen der deutschen Sinologie intensiv diskutiert werden. Aber auch die Interviewarbeit mit im Ausland arbeitenden oder lebenden Chines*innen dürfte in den kommenden Jahren (wieder) zu einer wichtigen Quelle für Primärdaten werden.

Dies alles sind natürlich Restriktionen, die die Arbeit im chinesischen Forschungsfeld erschweren. Ohne forschungsstrategische *Mimikry*, also taktische Kompromisse beim Forschungsdesign, geht es aber nicht, und nur die, die selbst wenig oder gar keine Erfahrung mit sozialwissenschaftlicher Arbeit in China haben, können hier das „Ethos eines Geheimdienstes“ anklagen.⁹ Es geht den Kritiker*innen vor allem um die „roten Linien“, die nicht überschritten werden dürfen, bevor ein Forschungsprojekt wissenschaftsethisch nicht mehr legitimierbar ist, keine validen Daten mehr generiert, der Tatbestand der Selbstzensur gegeben ist und Chinaforscher*innen zu Steigbügelhalter*innen eines autoritären, menschenverachtenden Regimes werden. Doch wer wollte den Verlauf dieser „roten Linien“ eigentlich ausweisen, wenn nicht die im Feld tätigen Chinaforscher*innen selbst? Was stellen sich die Kritiker*innen ansonsten vor? Einen Katalog über das, was geht und was nicht mehr geht? Eine Prüfungsinstanz, die über die Einhaltung dieser Kriterien wacht? Dann gelangten wir wieder an den Punkt, an dem Forschung einer vorgängigen Gesinnungsprüfung unterworfen würde – ein Albtraum! Am Ende entscheidet der Wissenschaftsdiskurs über die fachliche und wissenschaftsethische Qualität von Forschung und die wissenschaftliche Integrität derer, die diese Forschung betreiben. Wir haben keinen Zweifel, dass dieser Diskurs Fehlentwicklungen sehr schnell aufdeckt. Die Konsequenzen tragen dann diejenigen, die den Prinzipien seriöser wissenschaftlicher Arbeit und wissenschaftsethischer Tadellosigkeit nicht gerecht werden. Dann steht schnell eine Reputation auf dem Spiel!

Fakt ist, dass die empirische Chinaforschung sehr viel solides Wissen über das gegenwärtige China generiert – Wissen, dessen Zustandekommen die harte Prüfung der *Community of Peers* bestehen musste, um in den wissenschaftlichen Diskurs Eingang zu finden und sich dort festsetzen zu können. Unzutreffend ist in diesem Kontext die hartnäckig bei einigen Kritiker*innen der deutschen Chinaforschung vorgetragene Behauptung, die entsprechenden „taktischen Kompromisse“, also das Forschungsdesign, würden nicht transparent gemacht. So verlangen die Prinzipien guter wissenschaftlicher Praxis und nicht zuletzt auch die Herausgeber*innen jeder seriösen Fachzeitschrift, dass die Methodologie des Forschungsprozesses etwa in einem Fachartikel offengelegt wird. Das gleiche gilt übrigens auch für Anträge an die einschlägigen Förderinstitutionen. Doch offensichtlich hegen die Kritiker*innen der deutschen Chinaforschung den Generalverdacht, dass die Beschreibung der Methodologie lediglich die korruptionsanfällige *Embeddedness* der Chinaforscher*innen verschleierte und nicht wirklich deutlich mache, wie weit die „faulen Kompromisse“ im Feld bzw. mit dem chinesischen Regime wirklich gehen. Zweifellos ist richtig, dass die Chinaforschung ehrliche Rechenschaft über ihre methodische Arbeit geben muss. Pauschal zu behaupten, dass sie das nicht täte und die Prinzipien Offenheit, Authentizität, Wahrheitsverpflichtung sowie das Recht des

9 So der Bochumer Sinologe Heiner Roetz in einer Replik auf unseren FAZ-Artikel, siehe Roetz (2022).

Zweifels und der Kritik verletze (Fulda et al. 2022), ist jedoch irreführend und dient der notwendigen Diskussion über die weitere Entwicklung und Implementierung sinnvoller Transparenzkriterien in keiner Weise. Zumindest gilt: Wer behauptet, dass es Selbstzensur und opportunistische Vereinnahmung in der Chinaforschung gegeben habe, muss dies auch belegen können, wenn er oder sie glaubwürdig bleiben will. Dann kann es eine Diskussion geben – anderenfalls gibt es nur Unterstellungen, die leicht in den Verdacht geraten, eher einer marktorientierten Profilierung der Kritiker*innen als der Sache einer wissenschaftsethisch und durchaus normativ engagierten Chinaforschung zu dienen, die wir alle wollen. Das bedeutet, dass natürlich neben parteistaatlichen Diskursen und Programmatiken sowie deren Umsetzung auch das „inoffizielle China“ untersucht werden muss: die (potenziell) marginalisierten sozialen Gruppen, die von der Parteilinie abweichenden politischen Strömungen, Widerstände und Gegenbewegungen zur dominanten offiziellen Politik und Mainstream-Gesellschaft. Anders als unsere Kritiker*innen sehen wir hier aber keine akute Gefahr der Vernachlässigung solcher Themenfelder. Nur wer den Fachdiskurs nicht kennt oder aktiv ausblendet, wird angesichts der überbordenden Literatur zu Themen wie sozialen Protestbewegungen, Zivilgesellschaft oder Arbeitsmigrant*innen zu der Einschätzung gelangen, dass „dieses ‚inoffizielle China‘ von der westlichen Chinaforschung und -politik allerdings weitgehend ignoriert und ausgeblendet [wurde]“ (Fabian und Fulda 2022: 70).

Hochschulkooperation mit China

Die Kritik an der deutschen Chinaforschung trifft auch die deutschen Hochschulen. So wird behauptet, auf dünner Datenbasis und pauschalisierend über die gesamte Republik hinweg, dass die Universitäten hochgradig, strukturell gar, von chinesischem Geld abhängig seien und viele Studiengänge ohne Unterstützung der VR China gar nicht gestemmt werden könnten (Fulda und Missal 2021a). Wir haben an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, dass die hier vorgetragenen Zahlen in suggestiver Weise zusammengestellt werden, nicht zwischen institutionell geförderter Drittmittelforschung und chinesischem Finanztransfer unterscheiden und im Vergleich zum Gesamtaufkommen der universitären Förderetats nur einen sehr kleinen Umfang ausmachen. Die in diesem Zusammenhang gern zitierte, sich auf Informationsfreiheitsgesetze berufende, Anfrage von David Missal an die deutschen Hochschulen, Auskunft über ihre aus der VR China stammenden Fördermittel zu geben, enthält entgegen anderslautender Behauptungen kaum empirische Belege für Abhängigkeiten (Missal 2022). So schreiben Fulda et al. (2022) zwar von „massiven finanziellen Mitteln“, die von China nach Deutschland fließen und verweisen auf „mehr als hundert Anfragen an öffentliche Stellen“; dabei unterschlagen sie aber, dass (nach unserer Zählung) weniger als zehn der betreffenden Hochschulen substanziell, d. h. mit konkreten Zahlen, auf die Anfrage geantwortet haben! Die von Missal belegbaren Summen belaufen sich auf „mindestens 1,96 Mio. Euro pro Jahr im Durchschnitt“. Dies entspricht jedoch nur

0,006 Prozent der Ausgaben deutscher Gebietskörperschaften für Hochschulen im Jahr 2019 (Statistisches Bundesamt 2020: 55). Selbst wenn man theoretisch von sehr hohen nicht dokumentierten Zahlungen ausginge, deutet nichts an dieser Stichprobe auf „massive“ Zuflüsse chinesischer Gelder hin.

Auch die Behauptung, einzelne Fächer (vor allem die Sinologien) seien von chinesischem Geld abhängig, wird nicht durch harte Daten belegt. Das ist unseriös! Die schlichte Tatsache, dass es an Universitäten drittmittelgeförderte Projektkooperationen mit China gibt, kann nicht einfach als Ausdruck unbotmäßigen Einflusses der chinesischen Regierung auf die Finanzierung der deutschen Hochschulen und ihre Autonomie gedeutet werden. Und die wenigen Beispiele, die in diesem Kontext immer wieder angeführt werden – etwa der Fall der fünfjährigen Anschubfinanzierung einer in der Sinologie der FU Berlin angesiedelten Sprachdidaktikprofessur durch das Büro für chinesische Sprache des Bildungsministeriums (*Hanban*)¹⁰ (wie zuvor auch eine ähnliche Professur an der Universität Göttingen), reichen nicht aus, um eine strukturelle Abhängigkeit von chinesischem Geld zu belegen.¹¹ Allerdings sind wir dezidiert der Meinung, dass die deutschen Universitäten ihre Fördermittelstruktur insgesamt transparenter in die Öffentlichkeit vermitteln und dabei auch ihre „chinesischen Gelder“ ausweisen sollten. Dann würde sich so manche Aufgeregtheit in der augenblicklichen Debatte rasch legen und die Kenntnis der tatsächlichen Dimension der chinesischen „Finanzinfiltration“ zu einer sachgerechten Auseinandersetzung über solche Mittel führen.¹² Im „Academic Freedom Index“ jedenfalls, einem weltweiten Ranking der Wissenschaftsfreiheit, das gemeinsam von den Universitäten Erlangen-Nürnberg und Göteborg durchgeführt wird, belegt Deutschland aktuell Platz 1 unter 177 Ländern und Gebieten (Kinzelbach et al. 2022).

10 Siehe auch die diesbezüglichen Klarstellungen der FU Berlin: <https://www.fu-berlin.de/presse/informationen/fup/faq/china/01.html>.

11 Es entbehrt nicht der Ironie, dass ausgerechnet der Stelleninhaber dieser Berliner Professur, gerade die Übersetzung eines Romans einer uigurischen Autorin vorgelegt hat, der sich mit dem äußerst heiklen Thema der Umerziehungskampagne in Xinjiang beschäftigt; siehe Erdal (2022).

12 In diesen Kontext gehört auch der parallele Streit über die Konfuzius-Institute, die von den Kritiker*innen der deutschen Chinaforschung ebenfalls als Ausweis struktureller Abhängigkeiten betrachtet werden, obwohl es hier zuvorderst um den Vorwurf eines fahrlässigen Ausverkaufs der Hochschulautonomie an die amtliche chinesische Kulturpolitik und Regierungspropaganda geht. Auch dieser Vorwurf ist schwer zu belegen. Wie in der Frage chinesischer Querfinanzierungen an den Universitäten werden einzelne Fälle nachgewiesener Einflussnahme – wie die abgesetzte digitale Präsentation eines kritischen Buches über Xi Jinping an den Konfuzius-Instituten der Universitäten Hannover und Duisburg-Essen nach einer Intervention der chinesischen Botschaft im Sommer 2021 – zum Beweis einer flächendeckenden U-Boot-Funktion dieser Einrichtungen für die chinesische Regierung aufgebaut. Die Arbeit der Konfuzius-Institute ist insgesamt sehr transparent. Aber natürlich stellt sich die Frage, ob sie noch ein zeitgemäßes Instrument der deutsch-chinesischen Hochschulkoooperation sind. Auch hier plädieren wir für eine Debatte, die an Fakten orientiert bleibt und das Für und Wider der Konfuzius-Institute nüchtern abwägt. Zum Umgang mit den Konfuzius-Instituten siehe den zielführenden Beitrag von Niedenführ (2022).

Besonders eindringlich wenden wir uns gegen die Forderung aus den Reihen der Kritiker*innen der Chinaforschung und auch teilweise aus der Politik, die deutschen Universitäten sollten, im Lichte der finanziellen Abhängigkeiten von China, des illegalen Wissenstransfers aus universitären Forschungslaboren und der systematischen Einschüchterung und Kontrolle von chinesischen Studierenden in Deutschland durch die Regierung in Beijing, die Kooperation mit chinesischen Hochschulen einschränken oder gar beenden. Erneut: Für alle diese Vorwürfe gibt es bisher nur wenige Belege und gesicherte, weil systematisch erhobene Daten.¹³ So liefern auch die im Mai 2022 veröffentlichten Ergebnisse der „China Science Investigation“ hier nur begrenzte Einblicke. Diese Studie entdeckte „mindestens 349 wissenschaftliche Veröffentlichungen, in denen Forschende an deutschen Hochschulen mit chinesischen Kolleginnen und Kollegen aus Militäreinrichtungen zusammengearbeitet haben“ (Correctiv 2022). Für ganz Europa waren es 2.994 Fälle im Untersuchungszeitraum Januar 2000 bis Februar 2022. Zur Bewertung dieser Zahlen sollte allerdings auch berücksichtigt werden, dass insgesamt über 350.000 in europäisch-chinesischer Kooperation entstandene Fachartikel untersucht wurden. Der Anteil derjenigen mit den o.g. Bezügen zum chinesischen Militär liegt demnach bei weniger als einem Prozent. Je nach Standpunkt der Betrachter*innen handelt es sich entweder um „die Spitze des Eisbergs“ oder um „die Nadel im Heuhaufen“. Solange sich aber kein Muster einer unbotmäßigen Einmischung des chinesischen Regimes in die deutsche Hochschulautonomie zeigt, bleibt es die Aufgabe deutscher Universitäten, auch mit chinesischen Wissenschaftsinstitutionen zu kooperieren, wo ihnen dies Vorteile bietet und selbstverständlich nicht gegen Dual-use-Richtlinien verstößt. Dabei spielt nicht zuletzt der Punkt eine Rolle, dass mit dieser Kooperation eben nicht zwingend das Regime gestärkt wird. Wie wir in unserem FAZ-Artikel schrieben, ist zwar unstrittig, dass das chinesische Wissenschaftssystem derzeit unter einem großen ideologischen Druck steht – genauso wie alle anderen gesellschaftlichen Bereiche auch. Nichtsdestotrotz wird an Chinas Universitäten seriöse Forschung betrieben – nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften.¹⁴ Und es werden dort die chinesischen Eliten von morgen ausgebildet, die man nicht einfach als junge Avantgarde einer repressiven Autokratie betrachten darf. Vielmehr sollten wir den Kontakt zu ihnen und ihren Professor*innen so lange wie möglich halten, um den wichtigen akademischen Austausch, und damit auch ein Stück weit den politischen Dialog,

13 Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat jüngst konstatiert, dass die Kommunistische Partei Chinas „auch im Ausland auf eine umfassende Kontrolle der eigenen Bevölkerung“ setze und sich dabei chinesischer Unternehmen, Studierendenorganisationen und kulturellen Vereinen bediene; zitiert in Feldwisch-Drentrup (2021) (siehe auch Scholars at Risk Academic Freedom Monitoring Project 2019). Diese Probleme sind also keineswegs zu unterschätzen, sollten aber evidenzbasiert diskutiert werden.

14 Auch hier gehen die Meinungen innerhalb der Zunft weit auseinander. So äußerte der Trierer Chinawissenschaftler Sebastian Heilmann in einem FAZ-Artikel die Meinung, dass Kooperationen mit China im Bereich der Geisteswissenschaften „entkernt“ seien, da sie nur noch der Umsetzung der Parteipolitik dienen; zitiert in Feldwisch-Drentrup (2021).

zwischen China und Deutschland fortzuführen. Universitäten sind nicht der Ort, wo „Entkoppelungsnarrative“ die Agenda bestimmen dürfen!¹⁵ Und weiterhin: Die Grenzen der deutsch-chinesischen Hochschulkooperation bestimmen sich zuvorderst aus wissenschaftsethischen Erwägungen, die sich – wir wiederholen – auf gesicherte Daten und Erfahrungsmuster stützen müssen – nicht aber auf eine moralische (moralisierende) Fokussierung auf sogenannte westliche Werte, die vom KP-Regime verletzt werden und für die man die chinesischen Universitäten, ihr wissenschaftliches Personal und ihre Studierenden in Regress nimmt. Wir schützen Werte wie die Wissenschaftsfreiheit am besten, indem wir sie verantwortungsvoll vorleben (Godehardt und Alpermann 2022). Daher sprechen wir uns, erneut, gegen von außen oktroyierte Zwangsmaßnahmen aus.¹⁶

Vorläufiges Fazit

Wie wir eingangs betont haben, wollen wir mit diesem Beitrag zur Versachlichung einer kontrovers – und mitunter polemisch – geführten Debatte beitragen. Uns ist bewusst, dass unsere Positionen vor allem bei jenen Kritiker*innen Anstoß erregen, die ihre professionelle Zielbestimmung in der Herbeiführung einer demokratischen Ordnung in China sehen und die sich daher einem bestimmten „Normativitätspostulat“ sehr viel stärker verpflichtet fühlen als dies – unserer Meinung nach – Chinaforscher*innen tun sollten. Wissenschaft steht im Dienst der Wahrheit, nicht eines politischen Wertekanons. Allerdings, die Wahrheit muss gesagt werden, ohne „faule“ Kompromisse – zumindest darin dürften sich alle einig sein, auch wenn der Streit sehr schnell – und notwendigerweise – gleich dort weitergehen wird, wie der „faule Kompromiss“ zu definieren ist.

Angesichts einer sich dramatisch verändernden weltpolitischen Lage und einer außenpolitisch zunehmend selbstbewusst, mitunter aggressiv, auftretenden chinesischen Regierung, eines daraus resultierenden kritischen öffentlichen China-Diskurses (der sich seit einigen Jahren bundesweit auch in sinkenden Studierendenzahlen im Fach Sinologie abbildet), der Selbstabkapselung der VR China durch ihre konsequente „Null-COVID“-Politik und einer damit einhergehenden Entfremdung beider Seiten, zukünftig wahrscheinlich kleiner werdender Spielräume für Feldforschung in China und für Forschungs Kooperationen mit chinesischen Wissenschaftler*innen und Wissenschaftsinstitutionen sieht die deutsche

15 Das gilt natürlich auch für die Forschungspraxis. Wissensproduktion ist abhängig von Interdisziplinarität und grenzüberschreitender Kooperation, wenn sie nicht zu einer armseligen Nischenveranstaltung werden will.

16 Fulda und Missal (2021a: 14) argumentieren dagegen: „While such soft measures of mainstreaming China competence are to be welcomed there is also a need for hard measures of change management, e.g. HRK-led audits of university compliance with new transparency and accountability requirements.“ In einem anderen Text schreiben sie: „One key step would be the much-discussed and long-overdue establishment of a national security council, which Germany does not yet have, to coordinate security issues, including the defense of academic freedom from autocracies, across ministries and agencies.“ (Fulda und Missal 2021b).

Chinaforschung einer schwierigen Zukunft entgegen. Sie muss Antworten auf das Positionalitätsproblem finden, so weit wie möglich den Zugang zum Land erhalten und ihre Kooperation mit chinesischen Universitäten neu austarieren. Umso mehr brauchen wir eine unaufgeregte, auf eine solide empirische Faktenbasis gestützte, fach- und hochschulinterne sowie gesellschaftliche Diskussion über unser Verhältnis zu China, unter Einschluss der Frage nach einer realitätsgerechten Vermittlung chinabezogenen Wissens. Kein Chinawissenschaftler, keine Chinawissenschaftlerin kann sich dieser schwierigen Diskussion entziehen – auch die nicht, die sich gar nicht im gegenwärtigen China „zu Hause“ fühlen. Die Chinaforschung darf sich dabei nicht von ihren Kritiker*innen, die teilweise aus ihren eigenen Reihen kommen (was gut ist!), vor sich hertreiben lassen. Vielmehr muss sie sich zu allen hier aufgeworfenen Problemen verhalten und dabei die falsche Antinomie zwischen den sogenannten Chinaversteher*innen und den „herrschaftskritischen“ Chinawissenschaftler*innen, wie sie in der jüngsten FAZ-Debatte und ihren Verästelungen in den sozialen Medien stilisiert worden ist, überwinden. China zu „verstehen“, ist das Bemühen eines jeden Chinaforschers und einer jeden Chinaforscherin; die eigene wissenschaftliche Arbeit kritisch zu reflektieren, ist es auch – oder sollte es zumindest sein. Das gilt für die Lehre, die Forschung und die individuelle und institutionelle Kooperation mit China.

Natürlich wird es weiterhin Unterschiede in den Antworten auf die drei Probleme geben, die wir in diesem Beitrag konturiert haben: Positionalität, Feldzugang und Wissenschaftskooperation. Wir plädieren für eine faire Diskussion auf allen Ebenen, die vor allem auf hochschulpolitischem Feld unter Einbeziehung verschiedener Perspektiven – und nicht durch eine normativ geleitete Engführung – institutionalisiert werden sollte. Auch müssen die deutschen Hochschulen eigene „Chinastrategien“ entwickeln. Dabei können sie sich inzwischen an zahlreichen Leitfragen und Kriterienkatalogen orientieren, die für eine transparente Zusammenarbeit mit China entwickelt worden sind.¹⁷ Transparenz, Augenhöhe, kontinuierliche Prüfung der bestehenden Universitäts- und Programmpartnerschaften sowie die Bereitschaft, eingeschlagene Wege auch wieder zu verlassen, wenn sie nicht mehr gangbar sind, gehören jedenfalls zu den unabdingbaren Voraussetzungen der deutsch-chinesischen Hochschulkooperation.

17 Siehe etwa die Leitfragen der Hochschulrektorenkonferenz zur Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China vom September 2020, die einen Orientierungsrahmen für eine transparente, faire und nachhaltige Kooperation mit China auslegen. Dabei wird u. a. explizit die Notwendigkeit der Einrichtung von inneruniversitären Anlaufstellen bzw. eines China-Koordinators erwähnt: https://www.hrk.de/fileadmin/redaktion/hrk/02-Dokumente/02-07-Internationales/Leitfragen_Hochschulkooperation_VR.pdf. Siehe auch DVCS (2018), European Commission (2022).

Literatur

- Alpermann, Björn. 2012. „Qualitative Interviewforschung in China“. In *Qualitative Interviewforschung in und mit fremden Sprachen: Eine Einführung in Theorie und Praxis*, edited by Jan Kruse, Stephanie Bethmann, Debora Niermann, and Christian Schmieder, 169–189. Weinheim: Beltz Juventa.
- Alpermann, Björn. 2022. „Ethics in Social Science Research on China“. *Made in China Journal*, June. Zugriff 12.09.2022. <https://madeinchinajournal.com/2022/06/27/ethics-in-social-science-research-on-china/>.
- Alpermann, Björn und Gunter Schubert. 2022. „Gegen das moralische Kreuzrittertum“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. März 2022.
- Correctiv. 2022. „Chinesisches Militär Made in Germany. Wie Deutschland China hilft, zur Militärischen Supermacht aufzusteigen“. *Correctiv*, 19. Mai 2022. Zugriff 19.09.2022. <https://correctiv.org/aktuelles/wirtschaft/2022/05/18/wie-deutschlands-wissenschaft-china-hilft-zur-militaer-supermacht-aufzusteigen/>.
- De Seta, Gabriele. 2020. „Three Lies of Digital Ethnography“. *Journal of Digital Social Research*, 2(1): 77–97.
- DVCS. 2018. „Handlungsempfehlungen der Deutschen Vereinigung für Chinastudien e. V. zum Umgang deutscher akademischer Institutionen mit der Volksrepublik China“. Zugriff 19.09.2022. <https://www.dvcs.eu/dokumente/handlungsempfehlungen.pdf>.
- Erdal, Gülnisa. 2022. *Banus Erlösung 巴奴的救赎*. Aus dem Chinesischen übersetzt von Andreas Guder. Schweinfurt: Ostasien Verlag.
- European Commission. 2022. *Tackling R&I foreign interference. Staff Working Document*. Brüssel: European Commission Directorate-General for Research and Innovation.
- Fabian, Horst und Fulda, Andreas (2022): „Die große China-Illusion. Warum wir einen anderen Blick auf die Volksrepublik brauchen“. *Blätter für Deutsche und Internationale Politik*, August: 69–76.
- Feldwisch-Drentrup, Hinnerk. 2021. „Einheitsfront im Ausland“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. Oktober 2021.
- Fuchs, Daniel, Patricia Fuk-Ying Tse und Xiaojun Feng. 2019. „Labour Research under Coercive Authoritarianism: Comparative Reflections on Fieldwork Challenges in China“. *Economic and Industrial Democracy*, 40(1): 132–155.
- Fulda, Andreas. 2021. „The Chinese Communist Party’s Hybrid Interference and Germany’s Increasingly Contentious China Debate (2018–21)“. *Journal of the European Association for Chinese Studies*, 2: 205–234.
- Fulda, Andreas und David Missal. 2021a. „Mitigating threats in academic freedom in Germany: the role of the state, universities, learned societies and China“. *International Journal of Human Rights*. <https://doi.org/10.1080/13642987.2021.1989412>.
- Fulda, Andreas und David Missal. 2021b. „German Academic Freedom is Now Being Decided in Beijing“. *Foreign Policy*, 28. Oktober 2021. Zugriff: 12.09.2022. <https://foreignpolicy.com/2021/10/28/germany-china-censorship-universities-confucius-institute/>.
- Fulda, Andreas, Mareike Ohlberg, David Missal, Horst Fabian und Sascha Klotzbücher. 2022. „Grenzenlos kompromissbereit“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 16. März 2022.
- Glasius, Marlies et al. 2018. *Research, Ethics and Risk in the Authoritarian Field*. Cham: Palgrave Macmillan.
- Göbel, Christian. 2014. „Let’s Not Go There: Coping with (Pre-) Selection Bias in Collaborative Field Research“. *Journal of Current Chinese Affairs*, 43(2): 87–106.
- Godehardt, Nadine und Björn Alpermann. 2022. „Jeder gute Garten will gedüngt sein“. *Der Tagesspiegel*, 9. September 2022.

- Greitens, Sheena C. und Rory Truex. 2019. „Repressive Experiences among China Scholars: New Evidence from Survey Data“. *China Quarterly*, 242: 349–75.
- Holz, Carsten A. 2007. „Have China Scholars All Been Bought?“. *Far Eastern Economic Review*, April: 36–40.
- Kinzelbach, Katrin, Staffan I. Lindberg, Lars Pelke und Janika Spannagel. 2022. *Academic Freedom Index 2022 Update*. FAU Erlangen-Nürnberg and V-Dem Institute. DOI: 10.25593/opus4-fau-18612.
- Klotzbücher, Sascha. 2014. „‘Embedded Research’ in Collaborative Fieldwork“. *Journal of Current Chinese Affairs*, 2: 65–85.
- Missal, David. 2022. „Chinas Geld an deutschen Unis. Die große Recherche zu Zuwendungen von Chinas Regierung, Huawei und Co.“. Zugriff 19.09.2022. <https://unis.davidmissal.de/>.
- Niedenführ, Matthias. 2022. „China selbstbewusst und kritisch begegnen“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. April 2022.
- Roetz, Heiner. 2022. „Kritik und Kompromiss“. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. März 2022.
- Scholars at Risk Academic Freedom Monitoring Project. 2019. *Obstacles to Excellence. Academic Freedom and China’s Quest for World-Class Universities*. New York: Scholars at Risk. Zugriff 19.09.2022. https://www.scholarsatrisk.org/wp-content/uploads/2019/09/Scholars-at-Risk-Obstacles-to-Excellence_EN.pdf.
- Statistisches Bundesamt. 2020. *Bildungsfinanzbericht 2020*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Prof. Dr. Björn Alpermann

Lehrstuhlinhaber für Contemporary Chinese Studies,
Universität Würzburg
bjoern.alpermann@uni-wuerzburg.de

Prof. Dr. Gunter Schubert

Professor, Lehrstuhl für Greater China Studies am
Asien-Orient-Institut, Universität Tübingen
gunter.schubert@uni-tuebingen.de